

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Unter der verlogenen Überschrift "DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten" treibt ein linksliberal-grün angehauchter Parteivorstand die Ausgrenzung von sozialistischen Strömungen auf die Spitze. Während die Friedensbewegung zu Protesten gegen das größte Luftmanöver in der Geschichte der NATO mobilisiert, während eine wirksame Opposition zur Politik der Aufrüstung und Konfrontation so nötig wäre wie nie, hat unsere Parteiführung nichts Besseres zu tun, als sich wieder einmal an Sahra Wagenknecht abzarbeiten – wohl auch, um interne Differenzen zu überspielen und davon abzulenken, dass man längst nicht mehr in der Lage ist, zu den drängenden Fragen unserer Zeit vernünftig Position zu beziehen.

Für uns ist jetzt klar: Mit dieser Führung, die von angeblich "progressiven" Regierungslinken dominiert wird, hat DIE LINKE keine Zukunft. In der aktuellen gesellschaftlichen Situation bräuchte es eine linke Opposition, die sich um die Alltagssorgen der Menschen kümmert, die dem wachsenden Frust über die Politik der Ampel eine Stimme gibt, die geschlossen NEIN sagt zu Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Dazu ist die Parteiführung nicht in der Lage – mit der schlimmen Folge, dass immer mehr Menschen vor allem (aber nicht nur) im Osten sich durch KEINE Partei mehr vertreten fühlen.

Wir teilen die Meinung der Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali, die den heutigen Beschluss des Parteivorstands für einen großen Fehler hält und "einer Partei unwürdig, die sich Solidarität und Pluralität auf die Fahnen schreibt. Wir haben unseren Wählerinnen und Wählern und all den Menschen gegenüber, die ohne uns keine Stimme haben, eine wichtige Aufgabe. Vorstandsbeschlüsse gegen eigene Mitglieder zu fällen und öffentlich breit zu treten gehört nicht dazu!

Mit solidarischen Grüßen – Euer

BundessprecherInnen-Rat